

„Die Verhältnisse in Kärnten/Koroška sind auch der Situation in Gesamt-Österreich geschuldet.“

Interview mit dem Kulturanthropologen Klaus Schönberger

MICHAEL HOLLOGSCHWANDTNER

Univ.-Prof. Dr. Klaus Schönberger, Kulturanthropologe und Vorstand des Instituts für Kulturanalyse an der Universität Klagenfurt, beschreibt im Interview mit Michael Hollogschwandtner die Verflechtung zwischen Politik und Kärntner Landesarchiv, spricht über Einschüchterungsversuche seitens FPÖ/BZÖ und erklärt, weshalb er nicht einseitig von „Kärntner Besonderheiten“ ausgehen möchte.

Du beschäftigst dich bereits seit deinem Studium wissenschaftlich mit Fragen zu Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. In den letzten Jahren hast du vermehrt zu diesen Themen publiziert. Ist dies den Kärntner Verhältnissen geschuldet, nachdem du 2015 an die Universität Klagenfurt gekommen bist?

In der Tat war ich Ende der 1970er bzw. Anfang der 1980er Jahre in der bundesrepublikanischen Geschichtswerkstätten-Bewegungen aktiv. Dort haben wir versucht dazu beizutragen, dass der Nazi-Faschismus eine andere Art der Aufarbeitung erfährt als es sie damals in der BRD noch gegeben hat. Und als ich 2015 nach Klagenfurt/Celovec gekommen bin, ist mir aufgefallen, dass es hier verzögerte Momente gibt. Aber ich wusste, wohin ich komme, und es hat mich auch interessiert. Mit einigen Projekten, die wir im Rahmen der Universität starten konnten, versuche ich zur weiteren Bearbeitung des Umgangs mit dem Nazi-Faschismus in Kärnten/Koroška beizutragen. Es ist aber auch so, dass es interessanterweise in keinem anderen Bundesland so viele Geschichtsinitiativen von unten gibt, die sich mit der NS-Vergangenheit beschäftigen, wie hier in Kärnten/Koroška. Schon allein deshalb muss man es relativieren, von den „Kärntner Besonderheiten“ zu sprechen. Man kann natürlich sagen, dort, wo es notwendig ist, kommt dann auch was, aber ich würde bezweifeln, dass es in Österreich insgesamt so viel anders aussieht als hier, auch wenn die verzögerte Aufarbeitung in Kärnten/Koroška besonders offensichtlich ist.

Wie hat sich diese verzögerte Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit für dich gezeigt?

Der interessante Punkt war, dass es dabei für mich zunächst nicht um den Nazi-Faschismus ging, sondern um den 10. Oktober, also um den Landesfeiertag in Kärnten/Koroška anlässlich des Plebiszits von 1920, wo jedes Jahr die Minderheiten-Frage reaktualisiert wird. Einige Dinge, die auffallen, sind außerdem Straßennamen oder die Nicht-Thematisierung des Nazi-Faschismus. Ich war tatsächlich beeindruckt, dass, als ich 2016 mit Studierenden nach Begunje (Slowenien) gefahren bin – ca. 40 km Luftlinie von Klagenfurt/Celovec entfernt – um uns dort das Geiselmuseum anzusehen, über die Beteiligung deutscher und österreichischer Akteure an diesen Hinrichtungen unter den Studierenden null, aber auch gar nichts bekannt war. Da dachte ich mir, da muss man klassisch Informationen nachliefern und das Thema in den Mittelpunkt stellen. Immer wieder poppt es an bestimmten Stellen auf, zum Beispiel bei der Dr.-Franz-Palla-Gasse in Klagenfurt/Celovec. Palla war im Nationalsozialismus Primarius der Chirurgie des Landeskrankenhauses und hat in dieser Funktion hunderte Zwangssterilisationen an „erbkranken“ und behinderten Menschen verantwortet bzw. selbst durchgeführt. Das Spezifische in Kärnten/Koroška ist die Begründung, warum man eine Straße nach diesem NS-„Euthanasie“-Arzt benennt. Hierzu gab es ein Gutachten einer „Historikerkommission“ des Klagenfurter Stadtsenats unter der Leitung von Wilhelm Deuer, dem stellvertretenden Direktor des Kärntner Landesarchivs, in dem gesagt wird, Franz Palla hätte ja auch 70.000 Operationen erfolgreich durchgeführt, Operationen, die in Ordnung gewesen seien, und deshalb könne man über dessen nazistische Aktivitäten hinwegsehen. Das ist, als würde man sagen, ein Bankräuber kann auf freiem Fuß bleiben, weil er 70.000 Überweisungen regulär getätigt hat. Diese Art von Logik und das Ausbleiben eines öffentlichen Aufschreis finde ich bezeichnend. Da muss man an einer gesellschaftspolitischen Klimaverschiebung arbeiten.

Das bringt mich zu einer der Thesen, die du im Rahmen der Konferenz „¡No Pasarán! Umkämpfte Erinnerungen“¹

im Mai 2022 präsentiert hast, nämlich jene zur „Kärntner Wissenschaft“ und ihrem Beitrag zur deutsch-kärntner Geschichtspolitik. Dabei hast du das Kärnten Landesarchiv hervorgehoben. Gibt es noch weitere AkteurInnen, die du zur „Kärntner Wissenschaft“ zählst?

Die Bezeichnung „Kärntner Wissenschaft“ ist plakativ gemeint. Sie kommt auch nicht von mir. Diesen Zusammenhang haben auch schon anderen herausgearbeitet, etwa Brigitte Entner, die darauf hingewiesen hat, dass Jörg Haider ganz explizit das Kärntner Landesarchiv genannt hat als Garanten für eine bestimmte Sichtweise auf die Kärntner Geschichte. Das lässt sich aber auch am ehemaligen Direktor festmachen, der explizit das Arbeiten am staatspolitischen Bewusstsein als Aufgabe des Kärntner Landesarchivs nannte. Das war insofern bemerkenswert, als dass das Archiv nicht die Aufgabe hat, geschichtswissenschaftliche Thesen zu vertreten, sondern zu inventarisieren und Archivalien zur Verfügung zu stellen, was bislang mehr oder minder schlecht gemacht wurde, so beklagen jedenfalls einige GeschichtswissenschaftlerInnen. Aber es gibt natürlich noch andere AkteurInnen. Das ist eine Gemengelage. Diese Zuspitzung „Kärntner Wissenschaft“ umfasst Teile des Kärntner Landesmuseums, den Geschichtsverein für Kärnten, der die Zeitschrift *Carinthia* herausgibt und in dem die üblichen AkteurInnen versammelt sind, die sich berufen fühlen, zu Geschichte Stellung zu beziehen und bestimmte Sichtweisen auf Geschichte zu legitimieren. Dort sind auch diejenigen, die Gutachten schreiben, wie jenes zu Franz Palla. Da geht es nicht um geschichtswissenschaftliche Begründungen, sondern um politische Entscheidungen. Es sind Meinungen, die dort geäußert werden, und in Kärnten/Koroška gibt es ein politisches Klima, in dem solche Meinungen jenseits von historischen Fakten artikuliert werden können. Als wir Landeshauptmann Kaiser gefragt haben, warum bei solchen Kommissionen Gutachten eingeholt werden, sagte er: „Ich muss auf meine bezahlten Kräfte zurückgreifen, sonst tritt der Landesrechnungshof auf den Plan.“ Aber darin liegt

ein großes Missverständnis. HistorikerInnen sind eigentlich nicht qualifiziert etwas zu Erinnerungskultur und -politik zu sagen. Sie sind dazu qualifiziert, etwas zu historischen Sachverhalten zu sagen. Aber Erinnerungskultur und -politik ist eine völlig andere akademische Ausrichtung, da wären eigentlich andere qualifiziert, VertreterInnen der Heritage Studies zum Beispiel, die sich mit der Art der Erinnerung beschäftigen und nicht nur damit, woran man sich erinnert.

Wenngleich namhafte ForscherInnen, die sich in Österreich mit Geschichtspolitik auseinandersetzen, sehr wohl HistorikerInnen oder auch PolitikwissenschaftlerInnen sind...

Natürlich gibt es genug HistorikerInnen, die sich spezialisiert haben auf Geschichtspolitik, aber das ist nicht die Hauptausrichtung der Geschichtswissenschaft. Es sind oft Meinungen, die da geäußert werden, aber es gibt dazu eben auch Forschung, nicht nur Positionen. Es geht mir nicht darum zu sagen, dass es die richtigen oder die falschen Positionen sind, die da geäußert werden, aber Erinnerungskultur ist Konflikt und basiert auf bestimmten Voraussetzungen, und die kann man auch wissenschaftlich untersuchen. Das steht aber nicht im Zentrum der HistorikerInnen-Ausbildung. Auch bei der Public History ist das nicht der Fall, da geht es meistens um die Inszenierung von Geschichte, nicht um Fragen des Umgangs. Dass es auch HistorikerInnen gibt, die sich hier spezialisiert haben, ist klar, aber es geht mir um diesen Automatismus: Da ist einer Historiker, und deshalb kann er zu Erinnerungskultur und Geschichtspolitik etwas sagen. Natürlich gibt es genug gute Leute, wie Heidemarie Uhl, Lisa Rettl, Peter Pirker und andere, aber das ist nicht der Mainstream der Wissenschaft.

Ich möchte zurückkommen auf die „Kärntner Wissenschaft“: Siehst du die Verflechtung von Wissenschaft und Politik als etwas für Kärnten/Koroška Spezifisches?

Das ist ein komplizierter Punkt. Ich bin nicht hier her gegangen um immer wieder das Kärntner Spezifikum zu betonen. Als ich nach Kärnten/Koroška gekommen bin, hat meine „Wiener Bubble“ gesagt: „Was, du gehst nach Kärnten? Du spinnst ja!“ Das ist ein Punkt, gegen den ich mich immer gewehrt habe. Die Frage ist, wie man tatsächlich das Besondere finden kann ohne bestehende Klischees fortzuschreiben. Die Frage ist auch, inwiefern die Kärntner Umstände nicht der österreichischen Situation geschuldet

sind. Dann wird immer die Grenzlage als Begründung angeführt, aber wer ist nicht in einer Grenzlage? Und auch die Frage der Zugehörigkeit zu Österreich damals. Es gab in Europa nach 1918 eine Vielzahl von Volksabstimmungen, bei denen es um nationale Zugehörigkeit gegangen ist, aber in Kärnten/Koroška ist es gelungen, die Minderheiten-Frage nach 1918/20 als politischen Dauerbrenner zu erhalten. Das ist tatsächlich spezifisch. Wo andernorts in Europa die Frage der Minderheit an Bedeutung verloren hat, ist es über das alljährliche Reenactment des 10. Oktober immer wieder gelungen, diese Situation aufrechtzuerhalten – aus politischen Gründen. Diese Stimmung, in der die Zugehörigkeit zur Minderheit zu etwas Entscheidendem wurde, hat sich bis in die 2000er Jahre gehalten. Der Höhepunkt war sicher 1972 der so genannte „Ortstafelsturm“, der pogromartige Formen angenommen hat.

Für mich ist die Frage noch nicht ganz beantwortet, warum es gelungen ist, diese Situation hier so lange aufrechtzuerhalten, aber ich würde gerne andersherum fragen: Was ist ähnlich? – Geschichtsvergessenheit. Österreich hat bis zur Waldheim-Affäre gebraucht, bis diese Geschichtsvergessenheit aufgebrochen wurde. Ich denke, man müsste es paradoxer formulieren: Die Tatsache, dass sich diese Art des Umgangs mit dem Nazi-Faschismus in Kärnten/Koroška so lange gehalten hat, ist Ausdruck einer Verbesserung in Gesamt-Österreich. Es ist immer so, wenn sich Verhältnisse ändern, dann mobilisieren sich Gegenkräfte, und die haben sich hier ganz besonders mobilisieren lassen, auch weil es hier eine Sozialdemokratie gab, die im Wesentlichen deutschnational gedacht hat – das mag wesentlich für das Kärntner Spezifikum sein. Kärnten/Koroška war eigentlich die längste Zeit sozialdemokratisch regiert, aber wenn man in Dörfer hineingeschaut hat, dann hat man gesehen, dass sich dort unter ländlichen Bedingungen sehr viele deutschnationale Ideen gehalten haben. Landeshauptmann Hans Sima ist ja nicht an den Anderen gescheitert, sondern an seinen eigenen ParteigenossInnen. Als er versuchte, den „Ortstafelstreit“ zu beenden, ist er schließlich gestürzt worden. Das lag eben an den spezifischen sozialdemokratischen Verhältnissen in Kärnten/Koroška – und das ist meine Hypothese in Bezug auf Peter Kaiser: Kaiser will die absolute Mehrheit, und Geschichtspolitik ist nicht sein Hauptkampfplatz. Er ändert viele Dinge und er



Klaus Schönberger, Universitätsprofessor für Kulturanthropologie am Institut für Kulturanalyse der Universität Klagenfurt/Celovec

hat große Verdienste, aber er will das Narrativ nicht ändern, weil er weiß, Sima ist daran gescheitert. Kaiser fürchtet, durch eine zu deutliche geschichtspolitische Positionierung jene SozialdemokratenInnen, die immer noch so denken, zu demobilisieren. Das ist meine Einschätzung dazu, und politisch gesehen hat er recht, wenn man sich die absolute Mehrheit zum Ziel setzt. Aber damit ändert man auch nicht, was in den Köpfen ist.

Was du über die Verflechtung zwischen HistorikerInnen und Politik in Kärnten/Koroška gesagt hast, ist doch erstaunlich, nämlich dass es insbesondere Proponenten des Kärntner Landesarchivs gelungen ist durchzusetzen, dass am Historischen Institut der Universität Klagenfurt nach dem Tod von Karl Stuhlpfarrer im Jahr 2009 keine Forschung zu regionalgeschichtlichen Themen mehr betrieben wird.

Das stimmt nur bedingt. Es gab auch den Historiker Valentin Sima, der sich sehr wohl dazu geäußert hat, zeitweise die Lektorin Brigitte Entner an der Uni Klagenfurt, oder auch Ulfried Burz. Aber es haben nach den geschichtspolitischen Verwerfungen zwischen der Universität (Karl Stuhlpfarrer) und dem Landesarchiv einige Historiker die falschen Konsequenzen gezogen: „Ich mache thematisch einen Bogen um Kärnten, ich mache keine Landesgeschichte mehr. Das gibt nur Ärger.“ Das

ist für mich nachvollziehbar, wenn man als HistorikerIn nicht an politischen Kontroversen interessiert ist, sondern an wissenschaftlicher Arbeit. Aber es ist natürlich fatal für die Landesgeschichte, wenn nur vereinzelt geschichtswissenschaftlich fundierte Arbeit stattfindet. Ich bin sehr beeindruckt von den (wenigen) HistorikerInnen, die dazu arbeiten. Das sind sehr inspirierte Leute, aber das ist eben nicht offizielle Linie des Universitätsinstituts. Ich finde es schade und schwierig, dass es in Klagenfurt/Celovec keine Professur für Landesgeschichte gibt. Aber so sind die Verhältnisse. Und dann gibt es immer noch die Empirische Kulturwissenschaft, die sich auch aufgerufen fühlt, insbesondere bei erinnerungspolitischen Belangen zu intervenieren. Das ist das Institut für Kulturanalyse, an dem ich forsche und lehre.

Der langjährige Direktor des Kärntner Landesarchivs, Wilhelm Wadl, ist seit 2019 pensioniert. Optimistisch könnte man annehmen, dass der Generationswechsel Besserung bringt. Siehst du Anzeichen dafür?

Davon gehe ich aus, aber wir haben jetzt auch gemeinsam mit Lisa Rettl im Kulturgremium des Landes Kärnten ein neues Landesarchivgesetz angeregt. Nun muss es noch weitere Anpassungen geben. Die Hoffnung wäre, dass dann auch die Benutzerfreundlichkeit des Landesarchivs besser abgesichert wird, weil dieser „Schutz“ der Archivalien vor (manchen) ArchivbenutzerInnen endlich ein Ende haben muss. Wir gehen davon aus, dass unter der Ägide von Thomas Zeloth, Wadls Nachfolger, substantielle Verbesserungen stattfinden werden und eine Serviceorientierung die Oberhand gewinnt. Da geht es um Benutzerordnungen und auch um die Frage der Schutzfristen, die in den Landesarchivordnungen geregelt sind. Durch solche Regelungen kann man einiges verhindern, wenn man will. Da ist Kärnten/Koroška bislang besonders restriktiv gewesen.

Du hast auch vor einer möglichen Externalisierungs-Funktion gewarnt, die ein Kärnten-Bashing für Gesamt-Österreich erfüllen kann, dass also ein klischeehafter Blick auf Kärnten/Koroška dazu dienen kann, die eigenen Verhältnisse nicht in den Blick nehmen zu müssen. War das eine allgemeine Überlegung oder ist dir das bereits konkret aufgefallen?

Ob das so intentional ist, weiß ich nicht, aber es kann durchaus diese Funktion haben. Ich finde, man sollte immer vor der eigenen Türe kehren. Ich wohne

jetzt in Kärnten/Koroška, deshalb kehre ich auch hier. Als ich in Deutschland gelebt habe, habe ich in Deutschland kehrt, und nicht mit dem Finger auf andere gezeigt. Dort, wo ich bin, kann ich etwas bewegen. Das haben auch schon andere gemerkt. Das BZÖ hat mich angezeigt wegen eines 2021 aufgeführten und von mir mit verfassten Theaterstücks (*Steinacher – Hamsuchung*). „Schönberger möge Kärnten verlassen!“ – das fand ich schön als Aufforderung. Es zeigt, was ich tue, ist angekommen. Ich halte es mit der Devise, dort, wo man mich anzeigt, bin ich daheim.

Worum ging es in der Anzeige genau?

Das war ziemlich abstrus. Mir wurde vorgeworfen, ich würde unter dem Deckmantel der Kunst zu Gewalt aufrufen. Das hat damit zu tun, dass im Theaterstück der Protagonist, Hans Steinacher, nach Kärnten/Koroška zurückkommt und ein Denkmal, nämlich das der „Vermissten und Verschleppten“, vorfindet, und dieses Denkmal wegsprengen möchte, weil es nur diejenigen ehrt, die sich haben erwischen lassen, aber er sei ja an der Front gewesen und sowieso der Tapferste. Das ist die Erzählung im Stück. Diese Anzeige ist schon verrückt, aber solche Exzesse haben weniger mit einer merklich geistigen Zurückgebliebenheit der Vollposten vom BZÖ zu tun, oder der Frage, ob das juristisch erfolgsversprechend ist oder sonst irgendwie Hand und Fuß hat, sondern es geht darum, die eigene Klientel zu bedienen.

Ist dieses Verfahren gegen dich noch am Laufen?

Nein, das war dann auch für die Klagenfurter Staatsanwalt zu blöd und die Anzeige wurde verworfen. Das wird nicht weiterverfolgt. Aber das sind natürlich Einschüchterungsversuche. Es ist mein Vorteil von außen zu kommen und als jemand, der sich von so etwas nicht beeindrucken lässt. Ich merke schon, dass bei manchen FreundInnen und Bekannten solche Versuche durchaus Eindruck hinterlassen und Ängste hervorrufen. Das ist eine Form von Einschüchterungspolitik, auch wenn sie in meinem Fall ins Leere geht und eher zu Wetten mit Kollegen führt zur Anzahl der Anfragen im Nationalrat, oder ich mir schon überlege, ob ich der FPÖ nicht meinen nächsten Aufsatz schicke, damit sie beim Wissenschaftsminister wieder anfragen können, ob ich zurecht da bin.² Das ist das Privileg eines andernorts Sozialisiererten, des Dazugekommenen.

Und wohl auch das Privileg, das mit dem sozioökonomischen Status einer

Professur einhergeht. Solche Anzeigen würden einen Geschichtslehrer an einer Kärntner Schule wohl härter treffen als dich in deiner universitären Position.

Jein, weil ich mich schon frage, warum andere, ähnlich Privilegierte so erstaunt sind, wenn da mal einer sich nicht fürchtet. Andererseits ist es auch ein Vorteil der Universität Klagenfurt, dass sie nicht landespolitisch, sondern bundespolitisch regiert wurde und wird, sodass die Haider-Administration keinen Zugriff hatte und WissenschaftlerInnen wie Karl Stuhlpfarrer nicht am politischen Gängelband der Kärntner Landesregierung hingen.

Zu einem anderen Thema: Du hast den Begriff des „emanzipatorischen Erinnerns“ geprägt. Könntest du erläutern, was du damit meinst?

Der Begriff des „emanzipatorischen Erinnerns“ ist in der Auseinandersetzung mit dem Konzept des „dialogischen Erinnerns“ im Kontext des so genannten Alpen-Adria-Manifests entstanden. Das Alpen-Adria-Manifest wurde 2018 von einer Gruppe um den Gründer des Zentrums für Friedensforschung und Friedensbildung an der Universität Klagenfurt, Werner Wintersteiner, publiziert. Das ist eine Initiative, die ich gut finde und unterstütze. Es ging ihr zunächst darum, innerhalb der Alpen-Adria-Region die verschiedenen Sichtweisen auf Geschichte miteinander in Kommunikation zu bringen. Daher ist es zunächst etwas Unterstützenswertes, um nicht blindlings Opfer eines methodologischen Nationalismus zu werden. Im Kontext der Kärntner Verhältnisse gab es dann im Zuge der so genannten Konsensgespräche eine Annäherung verschiedener AkteurInnen, die die Position vertreten haben, man müsse die andere Seite anhören und ihre Sichtweise als ihre Wahrnehmung anerkennen und akzeptieren. Mir geht es mit dem emanzipatorischen Erinnern jedoch darum, die Nivellierung der Unterschiede zwischen Opfern, TäterInnen und WiderstandskämpferInnen zu hinterfragen, und in Kärnten/Koroška geht es darum, eine andere Narration über den Widerstand und über die PartisanInnen zu etablieren. Die PartisanInnen werden immer noch als VerbrecherInnen dargestellt, wo sie doch den bedeutendsten militärischen Widerstand im Deutschen Reich inklusive Österreich geleistet haben, und dafür gebührt ihnen öffentliche Anerkennung und dafür sollten sie auch geehrt werden. Das ist für mich das Apriori jeder Form von gemeinsamem Erinnern. Und solange mit

bestimmten politischen Gruppierungen keine Einigkeit genau darüber besteht, kann es auch keinen Dialog geben. Wir müssen gewahr werden, dass der Nazi-Faschismus uns seine Logik der Gewalt, des Militärischen und des Heldentums aufgezwungen hat. Da gibt es nichts zu feiern, außer dass die Nazis militärisch besiegt wurden. Das ist der Punkt. Dass wir diese Art der Ideen nicht mehr wollen, dass wir diese Art von Gewalt und Entmenschlichung nicht mehr wollen, all das ist die Voraussetzung für einen Dialog, und das emanzipatorische Erinnern soll dazu führen, die Voraussetzung hierfür zu schaffen.

Welche zentralen Merkmale sollte ein solches „emanzipatorisches Erinnern“ aufweisen?

In einem anderen Kontext sage ich immer, es gibt drei Momente, um sich etwa gegen Rassismus zur Wehr zu setzen: Das erste ist Widersprechen, das zweite ist De-Thematisieren, also andere, gesellschaftlich relevantere Themen zu besprechen, und das dritte – das würde ich auch im Kontext von Geschichtspolitik sagen – wir brauchen eine andere Erzählung, einen anderen Mythos von Gesellschaft. Eine Erzählung, die notwendigerweise nebulös bleiben wird, utopisch, und die auf das Bedürfnis zielt, andere soziale Praktiken zu entwickeln. Soziale Praktiken, die auf ein Miteinander, nicht auf ein Gegeneinander, und vor allem nicht auf die Ausbeutung von Mensch und Natur hin ausgerichtet sind. Die Attraktivität einer solchen anderen gesellschaftlichen sozialen Praxis muss begleitet werden von einer Erzählung, und die kann nicht nur auf dem Reißbrett entstehen. Das, was gemeinsames Handeln bedeutet, kann nur entstehen, wenn wir es gemeinsam erproben.

*Eine erweiterte Fassung dieses Interviews wurde im April 2023 auf dem Blog des „Vereins Diskurs“ veröffentlicht: www.historischpolitischebildung.com
Kontakt: verein_diskurs@gmx.at*

Anmerkungen:

1/ Vgl. Michael Hollogschwandtner: Umkämpfte Erinnerung in der Alpen-Adria-Region, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 29. Jg. (2022), Nr. 2, S. 20–22.

2/ So stellte die FPÖ im Oktober 2020 eine parlamentarische Anfrage an Bundesminister Heinz Faßmann betreffend des „Primitiven Verunglimpfens der Kärntner Geschichte durch Univ.-Prof. Dr. Klaus Schönberger“. Schriftliche Anfrage, 3914/J, XXVII. Gesetzgebungsperiode, 20.10.2020.

Josef Ehmer (1948–2023)

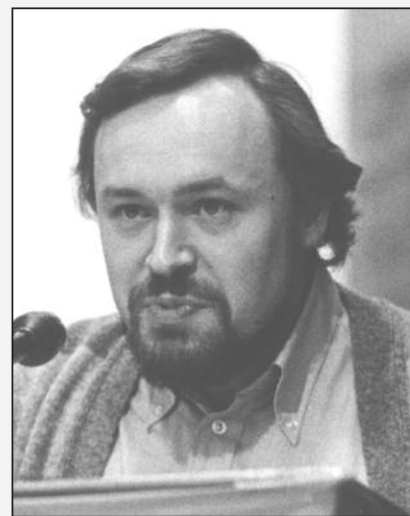
Mit großer Bestürzung und Trauer mussten im Mai den Tod des österreichischen Sozial- und Wirtschaftshistorikers Josef Ehmer zur Kenntnis nehmen. Ehmer wurde 1948 im oberösterreichischen Gschwandt geboren. Seine Eltern gehörten der kommunistischen Widerstandsbewegung gegen den Austrofaschismus und Nationalsozialismus an, und auch Ehmer selbst war lange Zeit Mitglied der KPÖ. Während seines Studiums der Geschichte und Germanistik an der Universität Wien gehörte er zu den Gründungsmitgliedern des kommunistischen Studentenverbands, bevor sich die Wege im Jahr 1991 im Konflikt mit der damaligen versteinigerten Parteibürokratie trennten.

Als Historiker war Ehmer einer der renommiertesten deutschsprachigen Vertreter seines Fachs. 1989 habilitierte er sich mit einer Arbeit über den Zusammenhang von kapitalistischer Gesellschaftsstruktur und Heiratsverhalten im 19. Jahrhundert, wobei er einen Vergleich zwischen Industrie- und Agrarregionen Mitteleuropas und Englands zog. Damit war er in Österreich einer der Pioniere der historischen Demographie und der quantifizierenden Geschichtswissenschaft, die mit der statistischen Analyse von Massenquellen die Lebenswirklichkeit von Bevölkerungsgruppen erforscht, die nicht der bürgerlich-aristokratischen Elite angehörten. Zu seinen weiteren Forschungsinteressen zählten die Geschichte der Arbeit, die historische Migrationsforschung, die Bevölkerungsgeschichte und der langfristige sozioökonomische Wandel in der europäischen Neuzeit.

1993 wurde er zum Professor für Allgemeine Neuere Geschichte an die Universität Salzburg berufen, 2005 zum Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien, wo er bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2015 lehrte und forschte. Sowohl am Institut für Geschichte in Salzburg als auch in Wien schuf Ehmer Gestaltungsräume, von denen seine StudentInnen und MitarbeiterInnen vielfach profitierten. Unter anderem war er auch Mitinitiator zahlreicher Fortbildungsseminare für engagierte LehrerInnen, aus denen spä-

ter der Hochschullehrgang „Politische Bildung“ hervorging.

Neben vielen anderen Ehrungen war er Träger des Victor-Adler-Staatspreises für die Geschichte sozialer Bewegungen, seit 2011 war er Associate Fellow am Internationalen Geisteswissenschaftlichen Kolleg „Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive“ der Humboldt-Universität zu Berlin und seit 2012 Mitglied der Wissenschaft-



lichen Kommission „Demografischer Wandel“ der Leopoldina. Zuletzt war ihm seine Aufgabe als Vorstand des bei der Arbeiterkammer angesiedelten „Edith Saurer Fonds zur Förderung geschichtswissenschaftlicher Projekte“ ein besonderes Anliegen.

Nicht nur wissenschaftlich, auch menschlich ist Ehmers Tod ein großer Verlust. Immer hatte er ein offenes Ohr für jüngere, oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeitende KollegInnen, ermutigte und leistete Hilfestellungen wissenschaftlicher und wissenschaftsadministrativer Art. So verhalf er in den 1990er Jahren einem in Deutschland aus politischen Gründen abgewickelten Kollegen aus der ehemaligen DDR zu einer Gastprofessur in Salzburg und damit zu einer Möglichkeit, die wissenschaftliche Karriere fortzusetzen. Die weltoffenen Diskussionsrunden, die Debatten über wissenschaftliche und politische Themen und eine Arbeitsatmosphäre, die von Ehmers lebenswürdiger und menschenfreundlicher Persönlichkeit geprägt war, werden in Erinnerung bleiben.

SABINE FUCHS